



Bild Olivia Item

«Stehe zur Bündner Wasserwirtschaft»

Jürg Kappeler, Churer Grossrat der Grünliberalen, will in die Bündner Regierung. Mit ihm stünde Graubünden vor einem Richtungswechsel im Energiebereich, sagt er. Er stehe nämlich zum Atomausstieg und damit zur Wasserwirtschaft.

Mit Jürg Kappeler sprach Reto Furter

Herr Kappeler, Sie wollen in die Bündner Regierung. Nach 2010 schon zum zweiten Mal.

Jürg Kappeler: Ja. Wobei ich mit meiner Kandidatur vor vier Jahren natürlich ein anderes Ziel verfolgt hatte: Ich wurde in den Grossen Rat gewählt, ich konnte zwischenzeitlich vieles erreichen. Und wir haben etwas erreicht im Parlament, im Gegensatz etwa zur SVP. Wir haben zum Beispiel die Schwellenwerte bei der öffentlichen Beschaffung dem schweizerischen Niveau angepasst. Seit Anfang Jahr hat das Bündner Gewerbe nun gleich lange Spiesse wie die ausserkantonalen Konkurrenten.

Angenommen, Sie werden tatsächlich in die Regierung gewählt und erhalten das Volkswirtschaftsdepartement: Was ändert sich unter Regierungsrat Jürg Kappeler?

Ich bilde mir da nichts ein, Entscheide fällt immer die Gesamtregierung.

Der Amtsvorsteher stellt aber die Weichen ...

Ein Beispiel: Wichtig ist mir die Einrichtung eines sogenannten One-go-Shops, einer Amtsstelle, die als einzige Kontaktstelle für Firmen funktionieren könnte, für alle Bewilligungen, für alle Anfragen. Davon redet man seit Jahren, aber es passiert einfach nichts – unerklärlich für mich. Gleich ist es auch beim Zur-Verfügung-Stellen von Industrieland, hier müssen wir in Graubünden wesentlich mehr machen. Die Schere öffnet sich nämlich immer mehr: Es gibt bei uns eine blühende Region – und zwar das Oberengadin – und die anderen. Die wirtschaftlichen Unterschiede werden immer grösser.

Wie sehr fördert Regierungsrat Kappeler den Industriestandort Churer Rheintal?

Die Politik setzt die Rahmenbedingungen fest und hilft bei der Suche nach Land. Es kann nicht sein, dass potenzielle Investoren für jede Hektare Land mit drei Erbgemeinschaften verhandeln müssen, bevor sie kaufen können. Andere Kantone sind in diesem Bereich wesentlich weiter. Wir brauchen Macher, im Volksdepartement ist derzeit die Resignation nach den vielen Niederlagen viel zu gross.

Wichtig ist für Graubünden vor allem der Tourismus. Der sanfte Tourismus kommt dabei nicht so recht vom Fleck. Tourismus, das sind noch zu viele Einzelplayer. Mich stört, wenn der Chef von Graubünden Ferien sagt, jedes Hotel müsse seine eigene Nische finden. Aber es kann doch nicht sein, dass sich ein Hotel auf russische Senioren spezialisiert, wenn die Bergbahnen vor Ort auf Familien mit Kindern setzen. Nein, die ganze Destination muss sich auf eine Strategie festlegen. Und unschön ist, dass sich – sehr pauschal betrachtet – die Besitzer des Kiosks und des Sportshops eine goldene Nase verdienen an den

Touristen, währenddem der Hotelier, der die Gäste ja schliesslich in den Ort bringt, zu wenig erwirtschaftet, um den Werterhalt seines Hotels zu gewährleisten.

Die Margen sind zu ungleich verteilt? Ja. Ich unterstütze darum die Strategie der Weissen Arena, die immer mehr ein Gesamtprodukt anbietet, um insgesamt eine bessere Marge zu erzielen. Nur so überleben Destinationen. Im Rest des Kantons bedanken sich die einen für den hohen Umsatz – und die anderen erhalten Subventionen. Hier muss der Kanton unterstützen und neue Modelle aufzeigen. Sonst fahren wir den ganzen Karren an die Wand.

Die Departementsverteilung übernimmt die Regierung – vielleicht werden Sie Justizdirektor. Kein Zuckerschlecken für einen Nichtjuristen, der sich plötzlich mit Asylsuchenden in Laax herumschlagen muss und mit dem Bundesgericht.

Das ist kein Zuckerschlecken, nein. Ich übernehme diese Aufgabe aber genauso, wie ich auch Aufgaben in mei-

ner Firma übernehme, die ich einfach machen muss. Natürlich würde ich keine Stricke zerreißen, um genau dieses Amt zu erhalten. Diese Frage stellt sich aber auch gar nicht, weil Regierungsrat Christian Rathgeb, der sicher wiedergewählt werden wird, in diesem Amt aufgeht. Interessant in seinem Amt wäre allerdings der ganze Gesundheitsbereich, wo man auch Akzente setzen kann und muss.

Kappeler als Baudirektor? Zuständig für Strassen, Eisenbahnen, Energie, Bären und Wölfe? Eigentlich Ihr Metier, und mindestens der Bau- und Energiebereich. Im Energiebereich stünde Graubünden mit mir vor einem Richtungswechsel. Ich stehe zum Atomausstieg und damit zur Bündner Wasserwirtschaft. Und ich bin gegen die zweite Gotthardröhre. Und für diese Anliegen würde ich mich auch aktiv einsetzen. Ich sträube mich auch nicht dagegen, dass man Energieträger generell nicht mehr subventioniert, wenn im Gegenzug die Energieträger auch alle ihre Kosten übernehmen, also auch die Atomwirtschaft. Die Fotovoltaik ist heute übrigens so günstig, dass man auf Subventionen für den Eigengebrauch schon fast verzichten kann. Aber wann haben Sie die Regierung das letzte Mal sagen gehört, man solle Fotovoltaikanlagen auf dem eigenen Hausdach montieren?

Noch nie. – Wenn Sie aber, wie Sie sagen, den Energiebereich nicht mehr subventionieren möchten, hat das Konsequenzen für die Wasserwirtschaft.

Derzeit haben wir Atomstrom und Kohlestrom aus Deutschland, das ist die Konkurrenz unserer Wasserkraft. Atom und Kohle sind aber – Heinz Brand und Jon Domenic Parolini wollen das einfach nicht wahrhaben – stärker subventioniert als die neuen erneuerbaren Energien. Wenn der Atomstrom wegfällt, steigen die Strompreise in der Schweiz. Das kommt der Wasserkraft und somit Graubünden zugute.

Möglicherweise ist die Fotovoltaik dann aber rentabler als die Wasserkraft.

Da muss man unterscheiden zwischen Pumpspeicherkraftwerken – zum Beispiel das Lago-Bianco-Projekt – und Speicherkraftwerken. Das Lago-Bianco-Projekt wird die nächsten paar

Jahrzehnte nicht rentabel betrieben werden können, solche Projekte sind darum wohl gestorben. Die Speicherkraftwerke, die das Gefälle ausnützen und zeitlich flexibel Strom produzieren können, werden aber sehr rentabel werden, gerade mit Fotovoltaik.

Den Bau neuer Bündner Speicherkraftwerke werden Sie darum nicht ausschliessen wollen?

Es ist grundsätzlich möglich, dass solche neuen Speicherkraftwerke gebaut oder Leistungssteigerungen realisiert werden. Aber es gibt natürlich gesetzliche Vorgaben, wo man solche Anlagen bauen kann und darf und wo eben nicht.

Energiedirektor Kappeler und Windräder?

Wenn der Preis stimmt, wird man sehen. Die Betreiber der Windkraftwerke in Haldenstein werden diese Rentabilitätsrechnungen jetzt machen. Mir scheint es vorläufig sinnvoller, stärker auf Fotovoltaik zu setzen.

Stromproduktion auf allen Dächern? Und Energiedirektor Kappeler als grosser Motivator?

Ja, natürlich. Es gibt hier so viele Möglichkeiten zur Stromproduktion.

Als Regierungsrat ändert ziemlich vieles im Leben: Sie werden zu einer noch viel öffentlicheren Person, das Privatleben wird zu kurz kommen.

Ich glaube nicht, dass sich viel ändern würde bei mir. Ich war Grossrat und Churer Gemeinderat, bis Dezember Parteipräsident, ich habe eine Familie und eine eigene Firma. Die Belastung wird nicht steigen; ich arbeite oft mit öffentlichen Kunden, wo abends Sitzungen anstehen; ich bearbeite auch Aufträge im Ausland, wo ich nicht abends um fünf Uhr zu Hause bin.

Für die grosse Politikkarriere sind Sie eigentlich fast etwas alt. Bei Amtsantritt wären Sie 56 Jahre alt.

Ich könnte einiges bewegen in der Bündner Regierung, und zwar in acht oder in zwölf Jahren.

Blieben Sie zwölf Jahre in Amt – oder nur acht wie Regierungsrat Martin Jäger?

Zuerst muss ich jetzt einmal gewählt werden.

JÜRIG KAPPELER AUF EINEN BLICK

Jürg Kappeler...
... ist Grossrat der Grünliberalen und Churer Gemeinderat; bis 2013 war der 55-Jährige zudem Parteipräsident.
grünliberale

Haben Steuersenkungen in den nächsten vier Jahren für Sie Priorität?	eher Nein
Sind Sie für eine vollständige Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten (Geschäfte können die Öffnungszeiten nach freiem Ermessen festlegen)?	Ja
Befürworten Sie die Einführung eines Mindestlohnes von 4000 Franken für eine 100%-Stelle?	Nein
Haben Sie der Volksinitiative «Gegen Masseneinwanderung» zugestimmt?	Nein
Soll die Schweiz innerhalb der nächsten vier Jahre EU-Beitrittsverhandlungen aufnehmen?	Nein

Lesen Sie die ausführlichen Antworten demnächst auf www.suedostschweiz.ch Quelle: www.smartvote.ch/www.sotomo.ch, Grafik: Die Südostschweiz